

*Die Geschichte lehrt, daß sich die Menschen erst dann klug verhalten, wenn alle anderen Möglichkeiten erschöpft sind.*

*Abba Eban*

## Um ein größeres Europa

Die weltpolitische Krise, die der *sowjetischen Invasion in Afghanistan* folgte, läßt eine Phase verstärkter Konfrontation zwischen Ost und West befürchten. Wenn die eigentlichen Kontrahenten auch die beiden Super-Mächte sind, die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion, so besteht doch nicht der geringste Zweifel daran, daß Europa von dieser verschärften Konfliktsituation direkt und indirekt mitbetroffen wird. Ein Indiz dafür bildete die Nervosität in diversen europäischen Staatskanzleien, als die ernste Erkrankung von Marschall *Tito* bekannt wurde. Ein weiteres Indiz sind die heftigen Debatten, die in zahlreichen europäischen Ländern nach den Ereignissen in Afghanistan um den Begriff der Entspannung losgebrochen sind. Während die einen vor einer Neuauflage des „kalten Krieges“ warnen, der nur zu leicht in eine atomare Auseinandersetzung münden könnte, berufen sich andere auf Andrej Sacharow und ähnliche Mahner, die schon lange gegen eine „falsche Entspannung“ in Richtung Gewaltverzicht Stellung genommen haben, wenn die sowjetische Übermacht gegen außen und das sowjetische Gewaltssystem im Inneren nicht abgebaut wird.

### Vor neuer Bewährungsprobe

Diese Tendenz zur Vereisung in den West-Ost-Beziehungen könnte – so paradox dies klingen mag – einen *Aufwind für die westeuropäischen Einigungsbemühungen* mit sich bringen, die nach dem großen Aufbruch in der unmittelbaren Nachkriegszeit und nach erfreulichen Erfolgen der EG streckenweise in technokratischen und pragmatischen Details, in Milchseen und Butterbergen steckenzubleiben drohten. Der Aufwind könnte sich daraus ergeben, daß Europa immer dann Fortschritte erzielte, wenn der Druck von außen zunahm.

Andererseits ist nicht zu verkennen, daß ein Ende der Entspannungspolitik die Völker in Osteuropa hart treffen würde, denn das vorübergehende Nachlassen der Spannung in Europa hat zahlreichen Ländern im Osten nicht unerheblichen, wenn auch begrenzten Bewegungsspiel-

raum gegeben. Österreichs Bundeskanzler *Bruno Kreisky* charakterisierte dieses Phänomen in sehr realistischer Weise: „Nur dann, wenn es Entspannung in Europa gibt, kann es Liberalisierung geben, wobei ich mir allerdings über ihr Ausmaß keine Illusion mache. Die Liberalisierungspolitik hat in Osteuropa bisher immer dort ihr Ende gefunden, wo sie in Demokratisierung umzuschlagen begann. Dann haben die Panzer diesen Prozeß beendet.“

Immerhin hat dieser *Liberalisierungsprozeß in Osteuropa* zu deutlichen Auflockerungen zwischen einzelnen „Volksdemokratien“ und Moskau geführt, wobei sich vor allem Rumänien, das im Inneren noch starke stalinistische Raster aufweist, erstaunliche außenpolitische Eigenmächtigkeiten herausnahm. Auch die Reise des Papstes *Johannes Pauls II.* in seine polnische Heimat, die sich zu einer Triumphfahrt gestaltete, wäre in einem spannungsgeladeneren Zeitabschnitt wahrscheinlich kaum möglich gewesen. Eine Epoche zunehmender Konfrontation zwischen West und Ost wäre auch für *die Neutralen* zwischen den Fronten eine neuerliche Bewährungsprobe: Österreich, Jugoslawien und Finnland würden sich gewiß bald zusätzlichem Druck ausgesetzt sehen. So erinnert man sich beispielsweise in Österreich noch an die Libanon-Krise im Jahr 1961, in deren Verlauf amerikanische Transportmaschinen aus der Bundesrepublik über österreichischen Luftraum in den Nahen Osten verlegt wurden, worauf von sowjetischer Seite Österreich inoffiziell angeboten worden ist, sowjetische Düsenjäger „zum Schutz der österreichischen Souveränität“ zur Verfügung zu stellen. Eine makabre historische Erinnerung knapp vor der 25-Jahr-Feier des österreichischen Staatsvertrages, dessen Unterzeichnung den Rückzug der Sowjettruppen aus Ostösterreich und damit eine längere Phase der Entspannung nach dem Tod Stalins einleitete.

Derartige Hinweise sollen keineswegs dazu verleiten, den ohnehin so zähen Integrationsprozeß in Westeuropa noch zusätzlich zu hemmen. Davon hätten weder die Neutralen noch die kommunistisch beherrschten Völker Osteuropas irgendeinen Vorteil. Gerade in jenen Regionen weiß man

nur zu gut, daß es den eigenen Interessen nur nützen kann, wenn die westeuropäischen Staaten entschiedener und geschlossener die europäische Sache vertreten. Andererseits müssen die Europäischen Gemeinschaften wissen, daß sie – nicht nur verbal – für das ganze Europa offen zu sein haben, daß sie durch ihre Beschlüsse und Handlungen Möglichkeiten und gemeinsame Wege in fernerer Zukunft nicht verschütten dürfen. Ein leerer Sessel im Europaparlament, stellvertretend für die Völker in Ost-Mitteleuropa, ist zu wenig, wenn nicht das Gesamte des Kontinents bei allen Maßnahmen immer wieder mitbedacht wird.

## Das Leitbild realistischer abstecken

Darüber hinaus sollte das Europa der Neun und der Zwölf wissen, was es will: Schwebt den Verantwortlichen in Brüssel und Straßburg das *Leitbild Europas* als „Dritte Weltmacht“ vor Augen, die ihre Interessen weltweit unabhängig von den USA und ihre Sicherheit gegenüber der Sowjetunion selbständig garantieren kann? Derartige Vorstellungen werden gerade in Krisenzeiten im Westen oft und gern publizistisch aufbereitet, ohne daß man immer die notwendigen politischen, militärischen und wirtschaftlichen Voraussetzungen einkalkuliert.

Wenn also ein solches Ziel zu weit gesteckt ist, will man dann ein eher „neutrales“ Europa, das sich aus dem weltpolitischen Spiel etwas zurückzieht und auf diese Weise die weltweiten Spannungen verringern möchte? Die insgesamt recht allgemein gehaltene Erklärung der europäischen Bischofskonferenzen, die im Sommer 1977 in den Kirchen von 15 europäischen Ländern – einschließlich Jugoslawiens – verlesen wurde, deutet in diese Richtung, wenn es z. B. heißt, die europäischen Völker sollten in dem „prekären Gleichgewicht des Schreckens zwischen den Weltmächten und Blöcken als Stabilisator und Friedensstifter wirken“. Sie könnten dann auch, wie es in der Erklärung heißt, „mit mehr Aussicht auf Erfolg auf eine ausgewogene allgemeine Abrüstung drängen, auf eine Verminderung des Rüstens und der gewaltigen Summen, die heute dafür ausgegeben werden“.

Die neuerliche Polarisierung der weltpolitischen Auseinandersetzung legt nahe, das Leitbild des europäischen Kontinents *realistischer* abzustecken: Europa als wichtiges Element in der Weltpolitik, das selbstbewußt ist, aber um seine Grenzen weiß und seine Allianz mit Amerika nicht in Frage stellen läßt. Spekulationen über eine „unabhängigere“ Rolle Europas werden gerade in einer Atmosphäre, die den Hauch des kalten Krieges annimmt, rasch an harte Realitäten stoßen. Trotzdem wird intensiver zu überlegen sein, was dieses Europa über sein Wirtschaftspotential hinaus für die Zukunft bedeuten soll, nicht nur in der Abwehr nach außen gegenüber einer totalitären Ideologie, sondern in der konzeptiven Ausformung neuer geistiger und politischer Zielvorstellungen, die nicht mit kleineuropäischen Scheuklappen behaftet sind, sondern das Ganze des zerrissenen Kontinents anpeilen.

Auf katholischer Seite versuchte der frühere belgische Ministerpräsident *Leo Tindemans* schon beim 85. Deutschen Katholikentag in Freiburg im Herbst 1978, eine selbstkritische Standortbestimmung Europas vorzunehmen, dem er vorhielt, sich durch Vergehen gegen den europäischen Geist wie „Nationalismus, Klerikalismus und das Fehlen brüderlicher Liebe für die Ärmsten und Schwächsten“ in tragischem Wahn selbst zerfleischt zu haben.

Tindemans konstatierte ein neues Heidentum, das Europa aus Ost und West überflutet, der europäische Mensch werde zunehmend ein eindimensionales Wesen, zu dessen Lebensziel materieller Gewinn für differenziertesten Lebensgenuß geworden sei: „Er ist der Mensch des Seitensprungs, ohne Pflichten, mit Rechten, die er wider alles ertrotzt, dem jeder Beitrag zum Staat zuviel ist, der jedoch für alle seine Privatinteressen den Beistand des Staates als sein Recht beansprucht.“ Auf diese Weise, so befand Tindemans, scheint der „kleinliche Spießier“ zum Idealtyp geworden zu sein, und auch katholische Kreise seien davon nicht frei.

Trotz dieser schonungslosen Analyse hielt Tindemans ein großes Plädoyer für die Vitalität Westeuropas und stellte die historische Herausforderung vor, die eine paradoxe Lösung bringen werde: „Indem wir das scheinbar Unmögliche, aber Unausweichliche versuchen, werden wir zu neuen Erfolgen kommen.“ Tindemans zeichnete dann das kommende Europa als Einheit in der Verschiedenheit, als Mosaik einer reichen Vielfalt, als Reich der Freiheit, die aber nicht im Sinn des Liberalismus zu verstehen sei, sondern als eine Freiheit, in der der einzelne das Seine opfert, damit sein Bruder eine gleichwertige Freiheit genießt. In besonderer Weise rief Tindemans die Christen zur Mitarbeit auf: „Die geistige Erneuerung steht am Anfang von allem.“

## Den Osten nicht abschreiben

Dieser Appell erinnert in einer entfernten Parallele an die Zeit der napoleonischen Kriege, als Novalis, der Prophet der Romantik, die christliche Religion beschwor, nur sie könne das getretene und zerschlagene Europa wiederaufwecken, die Völker versöhnen und sichtbar ihr friedensstiftendes Amt ausüben. Noch stärker wurde diese Parallellität durch die Reise *Johannes Pauls II.* in seine Heimat, wo er auf dem „hellen Berg“ der Schwarzen Madonna von Tschenschow ausrief: „Europa, das in seiner Geschichte viele Male geteilt wurde, Europa, das der furchtbare Weltkrieg tragisch gespalten hat, Europa, das unter seiner systembedingten, ideologischen und ökonomisch-politischen Zerrissenheit nicht aufhören kann, nach seiner grundlegenden Eintracht zu streben, muß sich dem Christentum zuwenden.“

Zum erstenmal seit den Beschlüssen von Jalta, die die Teilung Europas bekräftigten, wurde so aus dem Mund dieses Papstes die Forderung laut, daß über alle Ideologien und Absperrungen hinweg die Grenzen in Europa wieder geöffnet werden mögen. Freilich war dies in erster Linie spi-

rituell gemeint, aber zweifellos waren mit dieser Aufforderung auch konkretere Konsequenzen verbunden. *Johannes Paul II.* machte während seiner ganzen Polenreise immer wieder deutlich, daß vom Standpunkt der Kirche aus Warschau, Prag, Budapest, Bukarest, aber auch Moskau oder Kiew „allemaal so europäisch sind, wie Brüssel, Paris oder London“. In dieser Formulierung beschrieb der Pressebeauftragte der Erzdiözese Wien, *Erich Leitenberger*, den kirchlichen Standpunkt: „Die Kirche schreibt den Osten Europas nicht ab. Im langen Atem ihrer historischen Existenz erscheinen die vergangenen 40 oder 60 Jahre nur wie ein Zwischenspiel.“

Es war ein Zufall, daß die *Polenreise des Papstes* und die erste *Direktwahl in das Europaparlament* zeitlich zusammenfielen. Es ist jedoch bemerkenswert, daß zum gleichen Zeitpunkt Initiativen in Richtung Europa im Westen und im Osten gesetzt worden sind. Und wenn auch mit Recht geklagt wurde, wie wenig Kompetenzen dem neuen Europaparlament zur Verfügung stehen, wenn gerade vom Neutralen kritisiert worden ist, nun sei eine europäische parlamentarische Vertretung entstanden, in der zahlreiche europäische Länder nichts zu reden hätten – es war eine weitere Etappe auf dem Weg zu einem geeinten Europa.

Diese Entwicklungen förderten gerade im *katholischen Bereich* neue Überlegungen. So befaßte sich im Frühjahr 1979 *Joseph Kardinal Ratzinger* in Straßburg mit dem Thema „Europa und die Christen“, wobei er sagte, das eigentlich mit Europa Gemeinte müsse zwischen nebulischem Idealismus und bloß pragmatischer Interessengemeinschaft liegen. Als charakteristisch für Europa bezeichnete der Münchner Kardinal die christlich begründete Trennung von Glaube und Gesetz, welche die Zweifelt von Staat und Kirche begründet habe. Der Kardinal nannte vier große Erträge europäischer Entwicklung: die innere Zuordnung von Demokratie und Recht, die Verbindung des christlichen mit dem griechischen Denken, die Übernahme des lateinischen Erbes sowie den Beitrag der Neuzeit in Europa mit der Gewissensfreiheit, den Menschenrechten und mit der Freiheit der Wissenschaft. Dabei dürfe allerdings, so Ratzinger, die Vernunft nicht autonom gesetzt werden, denn dies sei „post-europäisch, ja anti-europäisch, die innere Zerstörung dessen, was nicht nur für Europa konstitutiv, sondern überhaupt Voraussetzung einer humanen Gesellschaft ist“.

Ratzinger versuchte mit dieser Deutung „post-europäischer“ Phänomene offenbar jene „Nachtseite“ Europas intellektuell zu erschließen, die in der üblichen Europa-Euphorie allzuoft mit Schweigen übergangen wird und die *Dolf Sternberger* bei der gleichen Tagung in Straßburg mit dem Satz beschrieb: „Europa bedeutet nicht nur Geist, sondern auch Ungeist. Nicht nur Gestalt, sondern auch Ungestalt. Europa ist nicht nur eine Schatzkammer aller guten Ideen, sondern es hat auch eine böse, dunkle Seite.“ Dieser „dunklen Seite“ ordnete Kardinal Ratzinger auch den *Marxismus* zu, der wohl ein Produkt Europas sei, zugleich aber die „entschiedenste Absage an Europa im Sinn jener inneren Identität, die es in seiner Geschichte ausge-

bildet hat“. So sei der Marxismus ebenfalls „post-europäisch“, quasi ein Ausfallsprodukt der europäischen Geschichte, denn die Weltrevolution als „summum bonum“ stelle die totale Absage an die bisherige Welt dar.

## Auf die innere Stärke vertrauen

Eine offene Frage ist es, ob mit einer derartigen Ausklammerung das Problem wirklich zu bewältigen ist, ob nicht auf die innere Stärke Europas vertraut werden soll, auch derartige geistige Um- oder Irrwege zu verarbeiten. Man denke da nur an jene Reformatoren oder Gegenreformatoren im 16. Jahrhundert, denen die Vernichtung oder zumindest Austreibung des Gegners als einzige realistische Konfliktlösung erschien. Nachdem Katholiken und Protestanten einander viele Jahre lang verfolgt und getötet hatten, fanden sie im Westfälischen Frieden den Weg zur friedlichen Koexistenz, und heute sitzen die Nachfolger der einstigen Gegner freundschaftlich vereint in der deutschen CDU, wie *Richard Coudenhove-Kalergi* einmal treffend anmerkte.

Auch die so stark ideologisch aufgeladenen Türkenkriege, die Europa jahrhundertlang in panischen Schrecken versetzten, haben ihren Abschluß gefunden – durch den Eintritt der Türkei in den Europarat. Und als weiteres Beispiel ist an die erste Hälfte unseres Jahrhunderts zu erinnern, als Katholizismus und Sozialdemokratie aus ideologischen Gründen als unversöhnliche Feinde erschienen – nicht zuletzt aufgrund der marxistischen Philosophie. Heute ist die laufende Revision dieses Gedankengebäudes im demokratischen Sozialismus in vollem Gang, dieser Revisionsprozeß hat nun auch schon auf diverse sogenannte „Euro-Kommunismen“ übergreifen, Katholiken und Sozialdemokraten finden sich in mancher europäischen Koalitionsregierung mehr oder weniger friedlich vereint.

Gehört diese Überbrückung, Verklammerung und Versöhnung einst gegensätzlicher Auffassungen, das Einschmelzen der Feindschaften von einst zu einer *neuen, den jeweiligen Zeitgenossen noch nicht erkennbaren Dimension*, nicht in ganz besonderer Weise zu diesem geschundenen, sich so oft selbst preisgebenden, aber doch wieder so geistesmächtigen Europa, dessen Wiedervereinigung auf der Tagesordnung der Zukunft steht?

Gewiß: Mit derartigen Spekulationen kann man Raketen und Panzerkolonnen ebensowenig aufhalten wie lebensgefährliche wirtschaftliche Bedrohungen. Dazu bedarf es der notwendigen Maßnahmen. Trotzdem sollten die Gefahren der Stunde nicht den Blick für langfristige historische Abläufe trüben, und über der Taktik des Tages sollte die Strategie eines Dezenniums nicht völlig aus den Augen verloren werden.

Zu dieser Notwendigkeit einer langfristigen Strategie gehört die Überlegung, daß es zum Wesen Europas gehört, auszustrahlen, für andere dazusein. Wenn sich Europäer in der Vergangenheit auch oft gegen dieses Lebensprinzip versündigt haben, so sollte doch zumindest jetzt klar sein, daß ein Zusammenschluß Europas um seiner selbst willen

keine hinreichende moralische und politische Qualifikation darstellt. „Wollte Europa sich nur zusammenschließen, um gemeinsam noch reicher, noch wohlhabender, noch einflußreicher im Welthandel zu werden, so wäre dies nichts anderes als blanker Egoismus“, warnte der

Südtiroler Diözesanbischof *Josef Gargitter* im Dezember 1979. Seine Schlußfolgerung sollte in der Hast der Zeit nicht untergehen: „Es bleibt für uns eine unaufgebbare Pflicht, daß wir über Europa nie und nimmer die Dritte Welt vergessen.“  
*Fritz Csoklich*

## Vorgänge

### § 218: tendenziöser Bericht

„Eine Studie voller Tendenzen“ nannte der Chefredakteur des „Rheinischen Merkur/Christ und Welt“, *Ludolf Herrmann*, den von einer 14köpfigen, vom Bundesfamilienministerium im Auftrag des Deutschen Bundestages berufenen Expertenkommission erstellten 561-Seiten-Bericht „Zur Auswertung der Erfahrungen mit dem reformierten § 218 StGB“. „Zweifelhaft“, „einseitig“ und „unseriös“ nannte ihn ein *KNA-Kommentar*. Und das *Kommissariat der deutschen Bischöfe* meinte dazu, der Bericht habe „in bestürzender Weise deutlich gemacht, daß das mit den Stimmen der Koalition verabschiedete Gesetz trotz seiner gegenteiligen Beurteilungen ganz offensichtlich nicht in der Lage ist, den Schutz des ungeborenen menschlichen Lebens besser als vor der Änderung zu gewährleisten“. Man hätte auch sagen können, die sicher auch unter dem Gesichtspunkt der Sachzuständigkeiten keineswegs optimal zusammengesetzte Kommission habe sich um Ausgewogenheit erst gar nicht bemüht und sei gelegentlich haarscharf am Thema vorbeigegangen, indem sie Sachverhalte in den Bericht aufnahm, die zu den Erfahrungen mit dem geltenden Gesetz nicht unbedingt gehören, und andere Fragestellungen, z. B. die zentrale, inwieweit die neue Gesetzgebung dem Schutz des ungeborenen Lebens dient, sträflich vernachlässigte oder mit dem beruhigenden Hinweis, die *Gesamtzahl der Abtreibungen* habe sich aufgrund des Rückgangs der illegalen Schwangerschaftsabbrüche auf keinen

Fall erhöht, schon für beantwortet hielt.

Auftrag der Kommission war es laut Bundestagsprotokoll vom 21. März 1974:

„a) zu prüfen, ob und ggf. welche über die zur Zeit im Zusammenhang mit der Reform des § 218 StGB von der Bundesregierung und den freien Trägern getroffenen bzw. geplanten Maßnahmen hinaus durch weitere Maßnahmen und Regelungen der Schutz ungeborenen Lebens und die Hilfe für die Schwangere noch wirksamer gewährleistet werden kann.

b) Erfahrungen der Ärzte, Krankenanstalten und Beratungsstellen über 1. Beratung von Schwangeren, 2. die medizinischen, psychologischen und sozialen Folgen ärztlich vorgenommener Schwangerschaftsabbrüche zu sammeln und auszuwerten.“

Dem entspricht zwar, daß die *Erfahrungen mit den Beratungsstellen* in den Mittelpunkt des Berichts gerückt wurden. Andere Ausführungen des Berichts, so z. B. die einleitende über den Werdegang der Gesetzgebung, hätten sich weitgehend erübrigt, oder wenn man sie schon in einen solchen Bericht einführt, dann wäre gewiß mehr Vollständigkeit und weniger Parteilichkeit in der Darstellung der der Gesetzesänderung vorausgegangen Diskussion wünschenswert gewesen. Dasselbe gilt auch für die Darstellung der an der Diskussion und an der Beratung beteiligten Institutionen und für die Durchführung des Gesamtthemas. Ob es um die Darstellung und Kritik der Beratungseinrichtungen oder um die

Darstellung und Kritik etwa der *unterschiedlichen Durchführungsbestimmungen der einzelnen Bundesländer* geht – ein Gesichtspunkt, der gewiß die ausführliche Darstellung, die ihm der Bericht widmet, verdient hat –, überall gewinnt man den Eindruck, dieser habe in erster Linie, wenn nicht ausschließlich, nur die Situation der Schwangeren im Visier, kaum aber, es sei denn bei der Frage nach der Verstärkung der Kontrazeption, also unter dem Aspekt der Verhinderung unerwünschter Schwangerschaften, den Schutz des ungeborenen Lebens.

Zwar kommt erst in einer Fußnote auf Seite 539 (unter „zusammenfassende Stellungnahmen und Empfehlungen“) der Hinweis, einige Mitglieder der Kommission seien der Auffassung, den Bundestag zu einer Gesetzesänderung in der Weise auffordern zu sollen, den *Schwangerschaftsabbruch bis zur zehnten Schwangerschaftswoche* aus den Strafgesetzbestimmungen herauszunehmen und dabei auch auf die vorhergehende Zwangsberatung zu verzichten. Auch wird auf Seite 29 ausdrücklich betont, die durch die Kommission befragten Rechtsexperten seien „zu der einhelligen Auffassung gelangt, daß *kein Rechtsanspruch auf Schwangerschaftsabbruch* besteht“. De facto wird dann aber doch so etwas wie ein Rechtsanspruch herausdestilliert, und zwar nicht nur durch eine bestimmte Sprachregelung, z. B. dadurch, daß der Kommissionsbericht im Unterschied zur Stellungnahme der Bundesregierung nicht von *nicht rechtswidrigen*, sondern von *rechtmäßigen* Schwangerschafts-